

**Vortrag und Fragestunde zum bedingungslosen Grundeinkommen (bGE)  
von Werner Rätz , Bonn, vor der Aachener Initiative für das bGE**  
im Haus der Evangelischen Kirche, Frère-Roger-Str. 8-10, Aachen am 5. Juli 2011

Eingeladen und nach seiner Tonaufzeichnung bearbeitet von  
Klaus-P. Schleisiek und im 2. Abschnitt von Silke Schneider, Attac Aachen

Wir haben Werner Rätz aus Bonn eingeladen, damit er uns in Sachen bGE fit macht zu der für September geplanten europaweiten "Woche des Grundeinkommens". Wir wollen bei unseren Aktionen auf die zu erwartenden Fragen und Einwände keine Antworten schuldig bleiben müssen.

Werner Rätz stellt sich vor als Mitglied der Attac-Arbeitsgruppe "Genug-für-Alle", der seit 10 Jahren zum Thema bGE gearbeitet und publiziert hat. Von 2 Büchern hat er mehrere Exemplare ausgelegt, dazu ein Faltblatt der AG. Adresse ist:  
<http://www.grundeinkommen-attac.de>

Angemessen zum (kirchlichen) Ort ein Zitat des Apostels Paulus aus dem 2. Brief an die Tessalonischer: "Wer nicht **arbeiten will**, soll auch nicht essen." Diese oft gehörte Aussage im Zusammenhang mit diesem Thema wird häufiger falsch zitiert, nämlich: "Wer nicht **arbeitet**, soll auch nicht essen." (Z.B. vom ehemaligen Vorsitzenden der SPD.) Wichtiger Unterschied zu heute: Diese Urgemeinde drohte aus Frömmigkeit und kurz bevorstehender Erlösungserwartung ihre notwendigen Aufgaben zu vernachlässigen. Die nötige Zurechtweisung sollte aber brüderlich geschehen. (Nichts böses dran.) So passt es zur biblischen Tradition (Jesaia, 55.Kap.) "Auf, ihr Durstigen, kommt alle zum Wasser! Auch, wer kein Geld hat, soll kommen. Kauft Getreide und esst, ohne Geld. Kauft Wein und Milch ohne Bezahlung." Dies ist die Vision, der das Grundeinkommen auch heute noch nachgeht. Das heißt nicht, dass die Nahrung vom Himmel fällt, sondern dass sie bekommen soll, wer sie braucht. Dies ist der (wesentliche) Rahmen der Grundeinkommens-Debatte.

Neben dieser grundsätzlichen Bereitschaft, das Notwendige zu teilen, sind die anderen Drehpunkte die Finanzierbarkeit und die Arbeits-Moral.

Da einige Neueinsteiger zur Veranstaltung gekommen sind, folgt vor der Fragestunde zunächst noch eine Fortsetzung der Einführung:

Was genau ist gemeint mit "bedingungslosem Grundeinkommen"? In der Regel ist Zahlung an alle ohne Vorbedingung gemeint. Im Gegensatz dazu steht "Grundsicherung", die nur an eine als bedürftig geprüfte Auswahl gezahlt wird. Manche politischen Akteure vertauschen allerdings die Begriffe, um eine bestimmte Auseinandersetzung zu vermeiden. Andere meinen eine geringe Zahlung unterhalb des Existenz-Minimums. (z.B. D.Althaus oder Th.Straubhaar)

Attac-Deutschland versteht als bGE , zwar nicht im Konsens, aber mehrheitlich, eine Zahlung, die folgende **5 Kriterien** erfüllt. Die ersten 3 davon sind auch im basic income earth network (BIEN) Konsens:

1. Individueller Zahlungsanspruch, denn die Individuen sind Träger des Menschenrechts. (Nicht z.B. "Bedarfsgemeinschaften". Manche finden bedarfsabhängige Höhe angemessen, Attac nicht.)

2. Bedingungslosigkeit, insbesondere von Verfügbarkeit für dem Arbeitsmarkt. (Sollte einer Gesellschaft einmal Arbeitskräfte für Notwendigkeiten fehlen, gibt es andere Anreize als Existenz-Bedrohung. Bei herrschender Arbeitslosigkeit ist das Unsinn! Davon abgesehen dürfen Gesellschaften, wenn demokratisch bestimmt, gewisses Verhalten fördern und anderes zurückdrängen. Menschenrecht muss man sich nicht verdienen, und man kann es auch durch Fehlverhalten nicht verlieren.)

3. Zahlung an alle, erst mal ohne Prüfung. Wer es nicht braucht, muss es womöglich mit der Steuer zurückzahlen. (Dabei entwischen manche. Aber Fehler gibt es auch bei berechtigten Ansprüchen, die z.T. zurückgewiesen oder nicht angemeldet werden. Menschenrechtlich ist nur der 2. Fall ein Problem.)

Zum 4. Kriterium steht das deutsche Netzwerk Grundeinkommen, nämlich:

4. Die Höhe (pro Monat) soll Existenz und außerdem Beteiligung am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Vorschläge zwischen € 800 (KAB) bis € 1200 + Unterkunfts-Kosten. Die Pfändungs-Freigrenze von derzeit knapp € 1000 hält Attac für einen geeigneten Orientierungspunkt.

Erwerbslosen-Initiativen wollen das bGE gerne sofort; Götz Werner (dm-Markt) dagegen spricht von "Leit-Stern". Bei den Parteien wollen nur Minderheiten das bGE schnell einführen, aber doch der SPD-Unterbezirk Rhein-Erft (zwischen Aachen und Bonn).

CDU-Thüringens D. Althaus schlägt "solidarisches Bürgergeld" vor, mit Unterstützung von u.a. Th. Straubhaar (HH-Weltwirt.-Inst., neoliberal). Die Größenordnung ist Hartz-4, also unterhalb des Kriteriums Nr. 4, und räumt alles andere einschließlich Altersrente ab. Dieser unzureichende Vorstoß könnte bald zur Abstimmung kommen, und es bringt die Initiativen in Verlegenheit der ungereiften Zustimmung. Gefahr eines neoliberalen Durchmarsches, um zig Milliarden jährlich Sozialkosten zu sparen. Hier kritisiert Gewerkschaft, z.B. K.Schäfer, Hans-Böckler-Stiftung.

Das 5. Kriterium für das bGE wird ausdrücklich von Attac vertreten und gewinnt an Bedeutung:

5. Personenkreis der Empfänger: Alle Menschen, die hier sind.

Unter den 80 Millionen Einwohnern Deutschlands sind etwa 1 Million Illegale, aber auch für die muss das gleiche Menschenrecht gelten. Dafür müssen Möglichkeiten gefunden werden, so wie auch deren Kinder hier zur Schule gehen können.

Anmerkung: Solche Großzügigkeit könnte Fremdenfeindlichkeit befeuern.

Die vorrangige Zielsetzung des bGE ist die Menschenwürde, die erfordert, unzumutbare Zwänge zurückweisen zu können. Die Armutsbekämpfung ist dabei ein Mittel zum Zweck. Diese Rangfolge hilft, uns von der neoliberalen Fixierung auf marktformige Bedürfnisse zu lösen. Öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge wie Mobilität, Gesundheit und Bildung können kostenlos organisiert werden und

dadurch das erforderliche Grundeinkommen senken.

Die Frage der Finanzierbarkeit wird im Frage-und-Antwort-Teil behandelt.

Zur Frage der Arbeits-Moral "Wer würde denn noch arbeiten ohne finanziellen Zwang?" sind zwei Fakten zu beachten:

Wichtige gesellschaftliche Arbeit wird in großem Umfang unentgeltlich getan, und sogar mehr, als bezahlte Arbeit. Letzte veröffentlichte Zahlen für Deutschland: 56 Milliarden bezahlte gegen 96 Milliarden unbezahlte jährliche Arbeitsstunden. Auf die Frage, ob sie mit 1000 € monatlichem bGE noch arbeiten wollten, antworten die meisten Menschen mit JA. Aber sie argwöhnen, dass sehr viele andere Menschen mit NEIN antworten würden.

#### Anmerkungen:

Die Medien berichten oft und gerne von Menschen, die keine Erwerbsarbeit für ihr Einkommen nötig haben, sondern ihr Einkommen z.B. aus Vermögens-Rendite beziehen, aber ihre komfortable Lage keineswegs zu einer gesellschaftlich sinnvollen Arbeit nutzen, sondern nur andere Menschen für sich arbeiten lassen. Ein solcher Luxus wird als erstrebenswert dargestellt und vielfach akzeptiert, obwohl er natürlich nur auf Kosten von unterprivilegierten Menschen zu haben ist und damit dem Kant'schen moralischen Imperativ krass widerspricht. Dennoch rechtfertigt diese Beobachtung nicht die Annahme, dass schon das keineswegs luxuriöse Grundeinkommen zu massenhafterem Schmarotzertum führen würde, als es der wachsende Superreichtum tut. Natürlich kann das bGE nicht flächendeckend auf einen Streich eingeführt werden; das gibt kein demokratischer Wandlungsprozess her. Mit kleinen Schritten sollten sich aber Übergänge gestalten und grobe Fehler vermeiden lassen.

(Den Hinweis auf das BIEN [basic income earth network] am 22.Okt. 2011 lasse ich hier weg. Der folgende Teil mit Fragen und Antworten beginnt ab der 39. Minute.)  
(Es fehlt noch der Link zur Audio-Datei.)

#### **FRAGETEIL:**

**Beitrag:** Immer wieder wird nach der Finanzierung des bGE gefragt.

**Rätz:** Geld ist offensichtlich genug da, das belegen zahlreiche Finanzmodelle, auf die man hinweisen kann, (es gibt Rechenmodelle, die beweisen, daß das bGE über Steuerabgaben finanzierbar wäre) entscheidend ist die Frage des politischen Willens.

Eine Idee: "Take Half": 50% aller Nettoeinkommen heranziehen für bGE -> über 70% der Einkommensbezieher bekommen dabei mehr als vorher. Trotzdem wären die meisten erst mal dagegen.

Oder "Wertschöpfungsabgabe" der Unternehmen: Das würde deren

Abwanderungslust verstärken, es sei denn, man würde die Herkunft der Gewinne verfolgen und danach besteuern, was technisch möglich ist. Aus diesen Einnahmen kann über eine Bürgerversicherung das bGE zahlt werden. Aber das gibt natürlich politischen Streit.

Wenn man, wie Götz Werner vorschlägt, 100% Mehrwertsteuer nimmt, hat man natürlich die geringsten Einkommen relativ am stärksten belastet, aber nur bei gleichem Steuersatz auf sämtliche Umsätze von Grundbedarf bis Luxus, was ja nicht sein müsste. Charmant daran: Alle Länder müssen nachziehen, um Außenhandelsnachteile zu vermeiden. Nur leider bleibt die ungerechte Vermögensverteilung dabei unberührt.

Ressourcensteuern: Je besser sie steuert, desto weniger Einnahmen.

Also: Es gibt viele diskutabile Möglichkeiten, nur keinen Konsens darüber.

**Beitrag:** Eine Rechnung aus den Niederlanden besagt, daß 22% des Einkommens für die Finanzierung des bGE ausreichen würden. In den NL bekommt jeder ab 65 Jahren fast 1.000,- € Altersrente (wenn man lange genug dort gelebt hat).

**Beitrag:** Das bGE wäre nur europaweit möglich. Auch EU-einheitliche Steuersätze wären nötig und das rückgängig machen von Privatisierungen.

**Rätz:** Die Forderung des bGE ist verbunden mit der Forderung nach einer Schrumpfung der Finanzmärkte. Das bGE an sich ist in vielen politischen Formen denkbar, auch im Kapitalismus. Das bGE müsste global eingeführt werden, beginnend im Süden.

Die politische Linke ist gespalten, ganz grob: Die gewerkschaftliche Seite ist eher dagegen, weil Erwerbsarbeit dort eine zentrale Bedeutung hat. Die 68er-intellektuelle Linke ist eher dafür (außer maoistische Gruppen), oft verbunden mit der Forderung nach gesamtgesellschaftlichen Veränderungen.

Es existieren auch neoliberale Modelle des bGE, die ganz eigene Gefahren bergen, nämlich wenn für ein - niedriges - bGE andere Sozialleistungen gestrichen werden.

**Beitrag:** Finanzierung ist machbar, es muß aber auch um ein anderes Menschenbild gehen. ("Ich würde ja weiter arbeiten, aber die anderen nicht")

**Rätz:** Eine neue Definition und eine neue Bewertung von "Arbeit" wäre Folge des bGE, viele Arten von Arbeit ist ja auch heute schon unnötig. Durch Müllvermeidung z.B. wäre weniger Entsorgungsarbeit notwendig.

**Beitrag:** Motiv vieler Befürworter des bGE ist die eigene Notsituation.

**Rätz:** Das bGE sollte Menschenrecht sein, nicht (nur) ein Mittel zur Armutsbekämpfung. Eine Neid-Debatte, die typisch ist für Deutschland, würde vermieden, weil die Zahlung alle bekommen würden. Vergleichbar mit dem Wahlrecht, das früher ein Privileg war und heute Grundrecht ist.

**Beitrag:** Wie kann man auch Unternehmer von den Vorteilen eines bGE überzeugen?

**Rätz:** Götz Werner sagt dazu, Unternehmen produzieren Güter, die Politik muß die Menschen mit Einkommen versorgen. Und für die Händler ist letztendlich gut, wenn die Menschen Geld zum Ausgeben haben.

==> Buchtip: "Gleichheit ist Glück" (Verlag 2001) zum Zusammenhang von Gesundheit und materieller Gleichheit in verschiedenen Gesellschaften.

Zur Zeit bestimmt noch Erwerbstätigkeit die gesellschaftliche Rolle, den Status des einzelnen. Da es an Arbeit mangelt, funktioniert das nicht mehr lange. Einige wird man nie überzeugen können, gegen sie muß interveniert werden.  
Die USA hatten mal 91% Spitzensteuersatz!

**Beitrag:** Wie kann man in der Fußgängerzone Passanten flott überzeugen?

**Rätz:** 1000 Euro-Scheine mit 5 Argumenten drauf verteilen und fragen "Was würdest Du mit 1000 Euro im Monat tun?" Seine Erfahrung: Ca. 1/3 würde gleiche Arbeit verrichten, nur weniger. Viele würden nur noch Schönes machen. Viele aber auch spenden, helfen oder es für ihnen sinnvoll erscheinende Dinge ausgeben.

**Beitrag:** Gibt's einen Zeitplan für das bGE?

**Rätz:** Nein, und besser auch nicht zu schnell, denn die aktuell diskutierten Varianten sind nicht erstrebenswert. Unter Schwarz-Grün ist die Einführung denkbar, aber eher unwahrscheinlich.

**Beitrag:** In der Schweiz herrscht ein anderer Blickwinkel, da stehen die Vorteile im Vordergrund, nicht der Blick der Armutsbetroffenen.

**Beitrag:** Wie realistisch ist die Einführung des bGE?

**Rätz:** Ist eher skeptisch, aber man wird ja auch oft positiv überrascht. (Stichwort Atomausstieg, Transaktionssteuer) Entsprechende Projekte in Afrika sind viel versprechend. Strukturell ist es möglich, in vielen EU-Ländern gärt es, das sind vorbereitende Tendenzen. (Griechenland, Spanien, Irland, Island,...) Zuspitzungen können die Einführung beschleunigen!

**Beitrag:** Der "Boden" ist gerade da, das ist Grund zum Optimismus.

==> Filmtip: "Grundeinkommen - Kulturimpuls" (im Internet verfügbar)

**Beitrag:** Vorsicht vor der "Initiative soziale Marktwirtschaft" (ISM), unterwandert die Medien (Talkshows, Politrunden,...) mit Meinungsmache.

---

Die Ton-Aufzeichnung als MP3-Datei kann von Attac-Aachen bezogen werden.